

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dienstleistung: Nachrichten Zeitung
Bemerkungen: Sammlung der Nachrichten
Zeitung für Nachrichten: 20.000

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise

Redaktion von ein beschränktes Geschäftsbüro („Dresdner Zeitung“) gegründet. - Unsere Nachrichten werden nicht aufbewahrt.

Geschäftsführung und Hauptgeschäftsstelle:

Marienstraße 38-40

Dienst und Verlag von August & Becker in Dresden.

Besitzt: Rommel 19.300 Leipzig.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Emissions von Zins-, Gewinnanteilscheinen und
ausgelegten Wertpapieren.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.
Scheckverkehr.

Wertpapierbank in Dresden mit Sitzes bei normaler Zeitung sowie bei einer

einmaligen Zeitung wird die Zeitung 8.000 M., mindestens 2.000 M.
Die einzige Zeitung wird die Zeitung 8.000 M., mindestens 2.000 M.
Wohnungsamt: einfache Wohnung 15 M., Wohnung mit Tisch- und
Küchenmöbeln 25 M., Wohnung mit Tisch- und Küchenmöbeln 10 M.

Redaktion von ein beschränktes Geschäftsbüro („Dresdner Zeitung“) gegründet. - Unsere Nachrichten werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im Hause der Kaufmannschaft, Schlechtheim 7,
Wettinerstraße 66, Hauptmarkthalle, Ellasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Einziehung und Ankauf von Wechseln.

Verwaltung von Wertpapieren, sowie Aufbewahrung
geschlossener Wertpapiete.

Vermietung von feuer- und einbruchssicheren
Stahlräumen unter Verschluß des Mieters
und Mitverschluß der Bank.

Die verhängnisvolle Kohlennot.

Stilllegung von Industrien.

Hamburg, 14. Nov. Nach einer Bekanntmachung der Kohlenwirtschaftskette wird vom 15. November der gesamte Industrie von Hamburg, Altona und Wandsbek der Kraftstrom ausgeschaltet.

Diese außerordentlich einschneidende Maßnahme ist veranlaßt worden einerseits durch die sehr schlechte Kohlenzufuhr, andererseits durch die Tatsache, daß sich ein großer Teil der Kraftstromverbraucher nicht an die früheren Bekanntmachungen gehalten haben. Um den dringenden Strombedarf für die Lebensmittelindustrie, Verkehrsmittele und den Lichtverbrauch weiterhin zu decken, muß direkt Schritt gehen werden. Von der Ausschaltung werden die Industrien folgender Städte betroffen: Hamburg-Altona, Wandsbek, Lübeck, Schleswig, Rendsburg, Neumünster, Flensburg und Kiel.

In einer in Essen unter Vorsitz des Generaldirektors Höglar abgehaltenen Zusammenkunft von Vertretern rheinisch-westfälischer Hüttenwerke wurde die Abstimmung eines Zeltnamens nach Berlin beschlossen, daß die Versiegung auf erneute Einschränkung des Brennstoffverbrauchs der Hüttenwerke unfehlbar die Stilllegung des größten Teiles der Essener Hütten-Industrie bedeute. Die Durchführung sei unmöglich. Man lehne die Verantwortung ab und weigere sich, der Versiegung Folge zu lassen. (W. T. B.)

Immer weitere Verschlechterungen.

Eröffnung unserer Berliner Redaktion, Berlin, 15. Nov. Die Einstellung des Personalsverkehrs aufgrund der Güterförderung hat, wie von außerordentlicher Stelle mitgeteilt wird, sowohl die Kohlenversorgung Groß-Berlin in Frage gestellt, den erhöhten günstigen Einfluss nicht ausschließt. Die Lieferung mit Brötchen, die für den Monatsbedarf in Groß-Berlin hauptsächlich benötigt werden, hat sich sogar noch etwas verschärft. Nunen hat die Verkehrsverkehrs in der Hauptstadt Süddeutschland gebracht, wo allerdings die Verhältnisse in der Kohlenversorgung ungleich ungünstiger liegen als in Groß-Berlin. In vielen Gegenden Süddeutschlands war seit geraumer Zeit die Kohlennot so groß, daß viele lebenswichtige Betriebe eingestellt werden mußten. So lagern z. B. in Stuttgart das Elektro- und Straßenbahnnetz fast drei Wochen lang still. Die aufständigen Städte sind noch kräftig bemüht, die notwendigen Kohlemengen, insbesondere für Groß-Berlin, heranzutragen. Ob eine allgemein austreichende Kohlenversorgung ohne erneute, wenn auch nur teilweise Verkehrsperre möglich sein wird, steht noch nicht fest. Die Initiative liegt in dieser Hinsicht beim Kommissar für die Kohlenversorgung.

Die Schäden des Metallarbeiterstreiks.

Eröffnung unserer Berliner Redaktion, Berlin, 15. Nov. Von den in den Streik getretenen 120.000 Berliner Metallarbeitern konnten noch Ende des Streiks bisher erst knapp 80.000 wieder eingestellt werden. Die vollständige Einführung aller Streikenden ist kaum vor drei Monaten zu erwarten. Der Berliner Metallindustrie und durch den schwachen Streik Auslandsaufträge in Höhe von 850 Millionen Mark verloren gegangen.

Eine Mahnung an die Eisenbahner.

Berlin, 14. Nov. Der die gemäßigte Richtung unter den Eisenbahner vertrende Allgemeine Eisenbahnerverband gibt folgende Mahnung an seine Mitglieder bekannt: Die Verkehrsperre beeinflußt die öffentliche Meinung. Die Gefahr der Kriegsnot und Kohlennot ist riesengroß. Wenn der Reparationshand der Wagen und Lokomotiven verbessert wird, tritt das Unbehagen auf unsre Seite. Es liegt nicht nur im Interesse des ganzen Volkes, daß die Arbeitsleistung in den Eisenbahnwerkstätten gehoben wird, sondern in unserem eigenen. Es gilt einen Aus nach rechts. Das ist unverkenbar. Bei veränderten politischen Verhältnissen werden wir schlimmer daran sein als je zuvor. Wer es gut mit den Arbeitern der Eisenbahn meint, denkt auch an die kommenden Jahre.

Matrosen-Auswirkungen in Kiel.

Kiel, 15. Nov. Gekommen obendamit es zu schweren Auswirkungen. Truppen von Matrosen drangen, mit Revolvern und Knüppeln bewaffnet, in mehrere Gebäude ein, um Raden an Büros zu nehmen, die ihnen angeblich den Aufenthalts in den Booten verwehrt haben sollten. Die Polizei nahm einige Einbrecher fest. Doch kam es bald zu erneutem tumult, so daß die Sicherheitswehr einschreiten musste. (W. T. B.)

Verbot einer unabdingbaren Zeitung.

Würzburg, 14. Nov. Der Oberbefehlshaber des bayrischen Reichswehrgruppenkommandos Nr. 4 Generalmajor Müller hat das Erstellen der unabdingbaren Zeitung „Der Kampf“ wegen Verleumdung der Einwohner verboten. Gegenüber dem Feinde auf vier Tage verboten. (W. T. B.)

Besserung der Milchversorgung?

Berlin, 15. Nov. Der Heilige ist es gelungen, von morgen an eine bessere und reichlichere Belieferung mit Milch möglich zu machen. Sie hat auf den Beständen in Abrechnung der Lage einen großen Posten sterilisierte Sahnemilch, etwa 600.000 Flaschen, zur Verfügung gestellt, um eine Belieferung der Kunden möglich zu machen. Ferner ist es gelungen, mit Dänemark größere Ankäufe zu tätigen, von denen die beiden ersten Lieferungen schon gekommen sind. Es werden täglich zwei Wagons, ungefähr 20.000 Kilogramm, sterilisierte und frische dänische Milch eingeschlossen und sofort zur Bereitstellung gelangen.

Verlust deutscher Festness an Fänen.

Berlin, 15. Nov. Wie der „Verl. v. Ans.“ meldet, hat der Hotelbesitzer Cornelius Petersen in Witten auf Auktion seinen dortigen Besitzstand, bestehend aus dem Hotel „Potsdamer“ und dem Vogelhaus „Der Jahrzeiten“ für 400.000 Mark an die Dänen verkauft.

Die Wahrheit über den Versailler Frieden.

Eröffnung unserer Berliner Redaktion, Berlin, 15. Nov. Dr. Dillon, der bekannte englische Journalist, hat jedoch in London ein Buch über die Friedenskonferenz veröffentlicht, das um so interessanter ist, als man weiß, daß der Vertrag inzwischen zu mehreren seitlichen Verträgen unterteilt und daher weit, was hinter den Kulissen vor sich geht.

Sein Urteil ist wenig schmeichelhaft. Das Resultat besticht er folgendermaßen: Die Konferenz hat Europa in eine siedende Waffe von unterteilter feindlicher Staaten verwandelt, die unabhängig sind, es unter solchen Umständen mit der Konkurrenz von jenseits des Meeres auszugehen. Werner vertritt Dillon, daß die britische Regierung von Anfang an die Absicht hatte, Delegierte der Sozialdemokratie zur Konferenz zugulassen, um sie, wie klar und gerissen man wieder einmal gewesen ist. Das britische Außenamt verlangte die bezüglichen Unterlagen an die verbündeten Regierungen ungefähr einige 14 Tage vor Beginn der Konferenz. Der Vorschlag wurde aber auf Frankreichs Drängen zurückgewiesen.

Was England unter „Selbstbestimmungsrecht“ versteht.

Eröffnung unserer Berliner Redaktion, Berlin, 15. Nov. Rotterdam, 15. Nov. Eine neue Illustration zur Be- handlung des Selbstbestimmungsrechts ist endgültig über die Verhandlungen, die am 4. November zwischen dem englischen General Cline und dem Mahdi's statland, einem Volksstaat an der Nordwestgrenze von Indien, der seit Jahrzehnten mutig für seine Unabhängigkeit kämpft. 250 einheimische Angehörige des Staates waren anwesend. Während der Verhandlungen waren britische Angestellte über ihnen hin und her, die fürchtlich ihre Dörfer durch Bombenwurfe zerstört hatten. Die Mahdi's, die außerst feindselig waren, verlangten Zeit, die englischen Angebote zu überlegen. Dies wurde ihnen abgerungen. Als sie aber nicht reagierten, brach der General die Verhandlungen ab, die Flugzeuge fuhren an und begannen von neuem, die Dörfer der Mahdi's durch Bombenwurfe in Brand zu stecken.

Der Raub der Asyle.

Amsterdam, 15. Nov. „Telegraaf“ meldet aus London: Der britische Kolonialminister teilte im Unterhause mit, daß zwischen den englischen, französischen und italienischen Regierungen Verhandlungen über die Durchführung des Vertrages von London geführt werden, wobei festgestellt wurde, daß, wenn England und Frankreich ihren offiziellen Besitz auf Kosten Deutschlands vergroßern sollten, Italien auf eine Grenzveränderung seiner Kolonien in Afrika Anspruch habe. (W. T. B.)

Der Wiederaufbau in Frankreich.

Vom 25. September bis 18. Oktober haben die deutschen Sachverständigen-Kommissionen Besichtigungsreisen in den zerstörten Gebieten Frankreichs gemacht, um einen allgemeinen Einblick von den typischen Verhältnissen sowie von den Wiederherstellungsarbeiten zu gewinnen, an denen sich Deutschland beteiligen könnte. Der exzellente Sachverständigen-Bericht wird in der „Deutschen Allg. Zeit.“ mitgeteilt. Auf allen Gebieten wurden zahlreiche deutsche Kriegsgefangene bei der Arbeit gelesen. Deutschland hat, wie die genannte Zeitung berichtet, durch diese Reise erneut seinen Willen zum Ausbruch gebracht, nach Frankreich am Wiederaufbau des zerstörten Gebietes mitzuwirken.

In einer von den freien Gewerkschaften in Köln veranstalteten Versammlung wurde nach der Feststellung, daß augenblicklich in Nordfrankreich 250.000 deutsche Gefangene beim Wiederaufbau beschäftigt seien, eine Entscheidung angenommen, nach der die deutsche Arbeiterklasse bereit erklärt, die Kriegsgefangenen durch freie Arbeit abzulösen und tatsächlich am Wiederaufbau des zerstörten Frankreichs mitzuwirken.

Die gute Idee.

Die Situation im Untersuchungsausschuß wird für die Herren, die da glaubten, aus seinen Verhandlungen sich bequem und wissend Wasser für den Wahlkampf schöpfen zu können, immer ungünstlicher. Schon die Vernehmung Bernstorffs, der doch ganz und gar eher der Übrigen ist, war im Grunde ein Schicksal. Bernstorff glaubte an die Möglichkeit, über Amerika zum Frieden zu kommen; was er aber an Tatsächlichem vorzubringen wußte, war eher negativ, diesen Glauben bei objektiv urteilenden Leuten zu erschüttern, als zu bestärken. Von Mai bis zum December 1918 haben ihn Wilson und Oberholz mit ihrem Vorschlag herausgekommen, als die deutsche Regierung ihr Angebot erlassen hatte, und habenauer reagiert, als es sich darum handelte, wirklich etwas zu tun, als ihnen Bedingungen vorgelegt wurden, zu denen sie praktisch hätten Stellung nehmen können. Ihnen war die Möglichkeit gegeben, den Unterseeboot-Krieg zu verhindern. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie hätten ihren Verbündeten und der Welt gegenüber betonen können, Deutschland sei zu einem Frieden, der ihren Grundlagen entsprochen, bereit. Sie haben aber das Gegenteil getan, haben die Verhandlungsfordernisse der Feinde als einen Schritt zum Frieden bezeichnet und die deutschen Richtlinien für die Verhandlung mit unwilliger Handbewegung beiseite geschoben. Wenigen gingen sie auf das Angebot der Reichsregierung ein, den Unterseeboot-Krieg anzustellen für den Fall, daß Amerika wirklich vermittelte wollte. Jeder, der diesen Tatsachenkomplex vor Augen hält, muß, wenn er logisch zu denken vermag, zu dem Schluß kommen, daß Wilson nicht den Frieden, sondern den Krieg gewollt habe. Zudem hat er im Senat vor aller Welt deutlich erklärt, er würde Krieg geführt haben, auch wenn Deutschland den rücksichtlosen Unterseeboot-Krieg nicht begonnen hätte. Bernstorff selber hat seiner angegeben, daß die Vereinigten Staaten an Englar gebunden gewesen seien. Der Fall liegt also sehr klar. Wenn man deutschen Ministern aus ihrer Amerikapolitik einen Vorwurf machen will, so kann es nur der sein, daß sie die feindselige Haltung Wilsons und seiner Regierung zu spät erkannt, daß sie sich von ihm mit diplomatischen Spitzfindigkeiten haben bestören lassen. Nach dieser Richtung hin wäre eine Unterredung in Frankreich, in Italien, ja auch bei den Serben und Montenegrinern geführt worden.

Unsere genannten Staatsleute von heute denken darüber anders. Solche Fragen zu stellen, paßt nicht in Ihr Entfernen. Dieses System verlangt aber offenbar, die deutsche Politik vor früher nach Kräften schlecht zu machen. Wenn der Untersuchungsausschuss, wenn indirekt die britische Regierung den Frieden verfolgt, den Gerichtshof Lloyd George mit Material gegen die frühere deutsche Regierung zu verfolgen, so kann nicht anders verfahren werden, als es Dr. David in seiner Revolutionsschrift tut. Herr v. Weltmann und Dr. Helfferich waren nicht immerslug in ihrer Diplomatie, sie haben sich lange Zeit von Wilson blenden lassen. Gibt es nun aber nicht über die Hufeisnur, wenn sie in alter Feindseligkeit angelangt werden, daß sie nicht ganz so ist, nicht ganz so verhindert, nicht ganz so in eine gute Idee verkehrt waren, wie die Herren Dr. David und Cohn? Man helle sich vor, wie Debatten wie die lebte des Untersuchungsausschusses im Auslanden würden müssen, was für einen Begriff ein Mann wie Lord George, der nie etwas anderes gewollt hat als die Verbindung Deutschlands, und es stets auch offen gezeigt hat von den neuen deutschen Politikern bekommen muß!

Dr. David wirkt dem früheren Reichskanzler und seinem Befehlshaber einen Vertrag an Wilson und dem deutschen Volke vor. Sie hätten Wilsons Vermittlung angenommen und doch den Unterseeboot-Krieg beschlossen. Sie hätten dem Reichstag über Wilsons Vermittlungsbereitwilligkeit nicht klaren Wein eingeworfen und ganz besonders das Angebot der neutralen Macht verschwiegen. Das stimmt nur freilich nicht. Neben Wilson sind im Hauptausschuss vertrauliche Mitteilungen gemacht worden. Dr. David war aber nicht dabei, wofür schließlich Helfferich nichts kann. Daß man sich über das Angebot der neutralen Macht, das Dr. David trotz der höhnischen Ablehnung unseres Friedensangebots durch die Feinde, trotz Wilsons Gesetzestext vom 22. Januar, trotz des Berlauer Friedens, trotz der Erklärung des Präsidenten im Senat für ausdrücklich bestellt, ebenso schämt, dann war von vornebereit die Gewalt dafür gegeben, daß dieser Vermittlungsbereitwilligkeit durch die Feinde zum Scheitern gebracht werden würde. Aber Dr. David und Cohn haben nun einmal ihre gute Idee, und das Wesen einer guten Idee besteht darin, daß sie fix, d. h. auf dientlich: sie ist in den Gedanken der baron Weltmann vernagelt und durch feinerlei Überredungskünste bestätigt werden kann. Ob so veranlagte Menschen besonders geschickt zur Zeitung eines Staates sind, ist eine Frage, die hier nicht weiter erörtert zu werden braucht.

Helfferich, Weltmann und Zimmermann haben sich ihrer Haut gewehrt, geschickt und wirkungsvoller, als sie es früher im Reichstage taten. Dr. David hat sich schließlich gewunden, den „Bormärkte“-Bericht über seine Idee, der doch ganz gewiß in gutem Glauben verfaßt worden ist.

Preisgegeben und sich auf ein "amtliches" Stenogramm zu berufen, von dem die Offenheitlichkeit bisher keine Kenntnis hatte. Nach soviel ging es den Herren nicht aus. Warum führte der Unterseeboot-Krieg nicht zum Sieg? fragte Helfferich und stellte fest: "Dass die Unterseeboote Waffe von innen heraus stumpf gemacht worden ist!" Damit hat derjenige Politiker, der während seiner Amtszeit immer in Opposition zur Marineleitung gestanden hat, die Bekundungen des Admirals Kaud und der Kapitäne Hartenbach und Brünninghaus vollständig bestätigt. Der oberzherrliche Dr. Cohn hörte, was bisher noch kein Feind gewusst hat, gern die Verleugnung der "Uustania" für die Ablehnung des deutschen Angebots verantwortlich gemacht. Er wußte sich darauf außerordentlich machen lassen, daß der "Uustania" soll sich schon das Jahr zuvor ereignet hätte! Herr Dr. Cohn wird das sicher noch sein Feind gewusst haben. Es wäre so hübsch gewesen, hätte auch daraus der Regierung ein Stich gedreht werden können. Gerade diese Cohnsche Frage wirkt, so töricht sie war, auf das Verfahren dieses Ausschusses blendend helles Licht. Es kommt diesen Herren nicht auf die Wahnsinn an. Helfferich hat ganz recht: "Selbstverredigung und Klugheitlosigkeit sind in Deutschland zur Krankheit geworden". Und diese Krankheit entspringt aus der sogenannten Idee, an der unsere heutigen Politiker leiden, die sie dem Volke einzutragen verloren müssen. Wenn der Versuch misslingt, ist es mit ihrer Herrlichkeit vorbei.

Helfferich vor dem Untersuchungsausschuss.

Berlin, 15. Nov. Vorl. Warmuth hält fest, daß in einem Teile der Presse bei der Wiedergabe der Erklärung des Auschusses ein Irrtum unterlaufen ist. Es muß heißen: "Werturteil von Abgeordneten des Ausschusses sind für den Ausdruck nicht maßgebend. Ferner stellt er in bezug auf die Ausführungen des Ministers Dr. David über

die Interventionversuche einer neutralen Macht fest, daß die Verhandlungen darüber, die in geheimen Sitzungen erfolgen mußten, erst in den Anfangen stehen und noch keineswegs abgeschlossen sind, so daß es nicht möglich ist, nach dieser Richtung schon ein abschließendes Urteil zu fällen. Es liegt zunächst nichts weiter vor als das Material in wenigen Bruchstücken. (Er warne daher, weitergehende Schlüsse daraus zu knüpfen.)

Darauf wendet sich der Vorsitzende an Staatssekretär a. D. Helfferich und zu dessen Bekundungen über seine gefundene Stellung zum rücksichtslosen Unterseeboot-Krieg. Dr. Helfferich habe mitgeteilt, daß drei Gründe für die Aenderung seines Standpunktes maßgebend gewesen seien, und zwar:

1. Einzelheiten, die ihm über die Verhandlungen in Potsdam mitgeteilt worden seien, nach denen er annehmen mußte, daß es keinen Frieden ohne weiteren Kampf geben könnte;

2. das Schweigen Wilsons und

3. die Senatsbotschaft vom 22. Januar, aus der er ein Schreiben lasse, wenn nicht eine Billigung der Beleidigungen der Entente durch Wilson herausstösse.

Staatssekretär Dr. Helfferich verweist darauf, daß es sich bei dem Unterseeboot-Krieg nicht um eine Glaubensfrage und nicht um eine grundäugliche Frage, sondern um eine taktische Frage handle. Reichskanzler Schumann-Hollauff berichtete aus Potsdam, daß die Überlieferung erklärte, daß ihr eine Fortsetzung des Krieges gegenüber den bevorstehenden feindlichen Offensiven unmöglich erscheine, und daß die Verantwortung für die weitere Fortsetzung der Kriegsoperationen nicht übernommen könnte, wenn nicht unerter schwerbedrängten Wehrkraft durch jedes denkbare Mittel Erleichterung verholt werde, und wenn nicht durch den Unterseeboot-Krieg die Infuhr von feindlichen Verstärkungen und Munition verhindert werde. Eine in späterer Erklärung der nachahmenden Stellen konnte auf mein Urteil nicht ohne Einfluß bleiben. Wir standen nun einer militärischen Spannungslage gegenüber.

Wir befanden uns vor einer durchaus offensiven. Sollten da der Reichskanzler oder ich, soweit ich miauerten hatte, es darauf ankommen lassen, daß Hindenburg und Ludendorff erklärten: Wenn man uns die Mittel nicht vorwölbt, die wir brauchen, wenn man politische Geschäftspunkte, die nicht für den Augenblick wirken, höher einschätzt, dann müssen wir erklären, daß wir nicht mehr mitvieren. Diese Argumente mußten wirken.

Vorsitzender Warmuth: Ein intensives Drängen des Präsidenten Wilson, den Frieden herbeizuführen, war wohl nicht vorhanden?

Dr. Helfferich: Nach den Erfahrungen des letzten Kriegsjahrs habe ich die aufdringliche Neutralität Wilsons und der amerikanischen Regierung sehr skeptisch beurteilt. Eine zweite neue Tatsache war die, daß der Reichskanzler mir die definitive Antwort der Entente gab. Wenn ich Wilson gewesen wäre, hätte ich sie als unverhofft angesehen, da ich die Entente

eine Gleichstellung mit den Zentralmächten verbot,

so doch eine Vermittlung nur unter Gleichheit möglich war.

Vorsitzender Warmuth: Warum Sie der Überzeugung waren, daß die öffentliche Meinung Amerikas durchaus nicht auf Seiten Deutschlands stand?

Dr. Helfferich: Die Stimmung in der amerikanischen Geschäftswelt habe ich gekannt. Wir konnten nichts dagegen unternehmen. Die amerikanische Regierung hat uns gegenüber noch meiner Ansicht nicht ihre Schuldigkeit getan.

Professor Hahn: Welche Gewandtheit hatte es mit dem Ganghinger Interview?

Graf Bernstorff: Der amerikanische Minister mußte täglich etwa achtzig Journalisten in einem Kreisverhör Rede und Antwort stehen. Ganghinger erklärte diesen am Nachmittag zur ersten Willoughby-Gesprächssitzung etwa, daß die Rechte der Vereinigten Staaten so sehr von kriegernden Machten beeinträchtigt würden, daß eine Kriegsgefahr entstehen könnte. Er gebrauchte dabei die Benennung, die Vereinigten Staaten ständen am Rande des Krieges. Diese Neuerung soll Wilson nach der Washingtoner Meetschaft Meinung zu Ohren bekommen sein; er habe Ganghinger veranlaßt, diese Bekundung zu demonstrieren. Ich muß betonen: Selbstverständlich hat kein Mensch geglaubt, daß Amerika mit der Entente Krieg führen würde.

Dr. Cohn: Ist das Verfahren gegen den Generalschlussbank vor der amerikanischen Regierung, d. h. von oben herab, veranlaßt worden?

Dr. Helfferich: Auch wenn sich Bünz eines formellen Neutralitätsvertrages schuldig gemacht hätte, so war das ein Kinderspiel gegen die fortgesetzte Verprobationierung englischer Kriegsschiffe mit Maschinen und Kohlen in den amerikanischen Häfen.

Dr. Cohn: Erwartete Dr. Helfferich, der also keine Anhaltspunkte dafür hatte, daß die amerikanische Regierung das Verfahren gegen Bünz eingeleitet hat, daß die amerikanischen Behörden eine zu ihrer Kenntnis gelommene Nebentreffen eines alten amerikanischen Gelehrten nicht verfolgen sollten?

Vorl. Warmuth: Das gehört wohl nicht hierher; das wäre ja keine Tatsache, sondern ein Urteil.

Dr. Cohn: Für mich ist die Antwort wichtig auf Auseinandersetzung der Methoden der Helfferich'schen Ausschusss. Aus der Antwort dürfte mit hervorgehen, was wir von den Ausführungen Dr. Helfferich's zu halten haben.

Dr. Helfferich: Ich habe bisher noch niemals Fragen Dr. Cohns direkt beantwortet und bitte, mich davon auch weiterhin abzutrennen. (Entzündung bei mehreren Ausschusshälfteidern.)

Vorsitzender Dr. Warmuth: Das bedeutet also eine Kenntnisverweigerung gegenüber direkten Fragen des Ausschusshälfteiderns Dr. Cohn.

Dr. Helfferich: Wenn ich vor einem Gerichtshof stände, würde ich nach der Strafprozeßordnung das Recht haben, Dr. Cohn als Richter abzulehnen.

Vorsitzender Warmuth: Die Funktionen des Ausschusses sind verfassungsmäßig der Strafprozeßordnung gleichzustellen, sie sollen sinngemäß in Anwendung finden. Entschieden ist noch die Frage, inwieweit die Bestimmungen über die Strafprozeßordnung auf das Beugnisverweigerungsrecht auftreffen. Aber selbst, wenn dies der Fall wäre, würde ein Beugnisverweigerungsrecht nur vorliegen, wenn der Zeuge sich durch die Beantwortung einer Frage krankbar machen würde. Ich bitte also um eine Erklärung des Zeugen, ob wir auf bestimmte Fragen des Ausschusshälfteiderns Dr. Cohn von ihm eine Antwort nicht erwarten können.

Dr. Helfferich: Ich möchte diese Frage, die für mich eine ernste Gewissensfrage ist, ohne jede Schärfe behandeln. Der Ausschuss ist ein merkwürdiges Gemisch zwischen einem Gerichtshof und einer parlamentarischen Kommission, und ist ein merkwürdiges Gemisch zwischen einem neuen und einem Altestagten. Dr. Cohn hat ausdrücklich erklärt, der Ausschuss sollte dazu dienen, schärfstellen,

was Mitglieder der kaiserlichen Regierung verbrechen haben.

Dr. Einzheimer: Das Gegenteil, Exzellenz!

Dr. Helfferich: Ich lasse mich gern belehren.

Vorsitzender Warmuth: Der Zeuge hat offenbar falsch verstanden. Wenn Dr. Cohn das gesagt hätte, so hätte ich sofort dagegen Stellung genommen.

Dr. Helfferich: Wir wollen und doch keinen Blaupunkt vormachen. Ich fühle mich hier vom ersten Augenblick an als Angeklagter. Wäre dies nun ein Gerichtshof, so würde ich

Dr. Cohn als Richter ablehnen.

Die Herren werden wissen, worauf ich abziele, und ich bitte, nur mit dieser Andeutung aufzudenzen, um Schärfe zu vermeiden. Wenn Sie mich aber zwingen, so werde ich auch darüber Auskunft geben.

Vorsitzender Warmuth: Der Ausschuss wird hierüber beraten.

(Bei Ende der Redaktion hauet die Sitzung nach fort.)

*

Am späteren Verlauf der Sitzung lehnte der frühere Staatssekretär Dr. Helfferich ab, eine Frage des unabhängigen Abgeordneten Dr. Cohn zu beantworten, weil er noch rechtmäßige eine direkte Frage Cohns beantwortet habe, und dies auch in Zukunft nicht tun werde. Er habe übrigens auch Gründe, den Abgeordneten Cohn als Richter abzulehnen. Der Untersuchungsausschuss beschloß darauf noch längere Beratung Helfferich 300 Mark Geldstrafe anzuerlegen. Helfferich behielt sich die Rechtsmittel vor.

Zu diesem Augenblick erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Warmuth, er persönlich sei mit dem Ausschuss nicht einverstanden und legte deshalb den Vorwurf nieder, den der Abgeordnete übernahm. Unter größter Bewegung wurde die diskursive Sitzung abgebrochen. (B. T. V.)

Deutschland und Sachsen.

Dresden 16 November.

Bauholt und Wirtschaft.

Bauholtklärung von Kartoffeln.

Durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers ist die Reichskartoffelkelle ermächtigt worden, Kartoffeln, die vorchristlichwürtig veräußert oder verkauft in den Verkehr gebracht werden, ohne Zahlung einer Entschädigung für Verluste zu erklären. Diese Befreiung soll Wilson nach der Washingtoner Meetschaft Meinung zu Ohren bekommen sein; er habe Ganghinger veranlaßt, diese Bekundung zu demonstrieren. Ich muß betonen: Selbstverständlich hat kein Mensch geglaubt, daß Amerika mit der Entente Krieg führen würde.

Die Kaffeesatz-Berichtigung für das Wirtschafts-

Jahr 1919/1920.

Amtlich teilt die Rosenthal-Berichtigungsstelle der Kaffee-Erlös-Industrie in Berlin u. a. mit: Die Kaffeesatz-Berichtigung der Bevölkerung mit geeigneten Kaffee-Erlösmittelein leidet gerade für den kommenden Winter außerordentlich schlecht. Nach den Wissensberichten der Reichskartoffelkelle steht Käuflichkeit kaum ein Käuflein der für die Berichtigung der Bevölkerung mit Kaffee-Erlös unter normalen Verhältnissen erforderlichen Rosenthal zur Verfügung. An Kerze soll noch weniger geliefert werden, als im Vorjahr. Dazu kommt, daß die Einfuhr von Bohnenkaffee, die im Freiden 175.000 Tonnen ausmachte, aufs äußerste eingeschränkt ist. Die Minderlieferung der Kerze hat übrigens auch eine bedeutsame geschmackliche Verfälschung des Kaffee-Erlös zu Folge; aus den im Schleichhandel erworbenen Rosenthal dürfen durch eine wilde Industrie wieder Kaffee von höchst zweifelhafter Qualität hergestellt werden. Die Bevölkerung wird sich jedenfalls mit dem Gedanken einer gänzlich unzureichenden Berichtigung mit einem guten warmen Kaffeegetränk vertraut machen müssen.

* Aus der Volkskammer. Auf Anregung der Regierung sind gestern Freitag, eine Sitzung des Finanz-Ausschusses A statt, in der über die Frage der Bewährung der einmaligen Beschaffungsbeihilfe an diejenigen Staatsarbeiter berichtet wurde, die Tariflöhne beziehen. An der Sitzung, die vertraulich war, nahmen auch Ministerpräsident Dr. Bradnauer und Finanzminister Röhl sowie mehrere Regierungsvierteile teil.

* Zur Sitzung der Volkskammer kann jeder einzelne sein Teil beitragen, indem er keine Auslandsware kaufen darf. Je mehr deutsches Geld für fremde Waren dem Ausland angeboten wird, desto tiefer sinkt der Wert des Geldes. Außerdem sollte sich jeder sagen, daß er durch den Kauf ausländischer Waren das Schlechterium unterdrückt, denn die meisten dieser Waren sind nicht im reellen Handel, sondern durch Vermittlung belgischer, französischer, englischer und amerikanischer Offiziere, der größten Schleifer in den besetzten Gebieten, auf den deutschen Markt getrieben.

* Der Zweigverein Dresden des Evangelischen Bundes hatte gestern Freitag, seine Mitglieder zu einem Laiertag in die Kirche A und im Gewerbehaus zusammengezogen. Nach einigen trefflichen Worträgen des Kirchenvorsitzenden der Versöhnungsgemeinde unter Leitung des Kantors Eiter und einer katholischen Begrüßung der Besucher durch den Vorsitzenden des Zweigvereins, Pfarrer Pilz, hielt Konistorialrat Pfarrer Vorwerk von der Andreaskirche die Bekenntsprache über das Weltkrieg. Ohne Evangelium kein Aufstieg! In glaubwürdigen Worten und in flüssigem Vergleich mit einem Wanderer in den Hochalpen zeigte er, daß nur in Jesus und dem Evangelium das deutsche Volk das Ziel und den Weg, den Führer und die Kraft findet zum Aufstieg, daß es aber ohne Sie in den Niederungen eines öden Materialismus, in kleinmütigem Paradiesgäus verlumpt. Weitere Gottesvorträge und das Schlusswort des Vorsitzenden beendeten den erhabenden Abend.

* Die Vereinigung ehemaliger Oberverwaltungsbeamter hieß am Freitag abend den dritten und letzten diesjährigen Gesellschaftsabend ab. Der erste Vorsitzende, Herr Engel Schwarz, hatte wieder in unschöner Weise für einen geistreichen Verlauf der Darbietungen gesorgt. Im Saale des Zoologischen Gartens drehten sich zu den Weisen zweier Müllhäuschen fast ununterbrochen die jugendlichen Paare von 6 bis 9 Uhr; dann entzückten Helga Petri durch heitere Lautenspieler, die mit ungewöhnlicher Schärfe vorgezogen wurden (Schleierkasper, Baron Carlo von der Mopp durch erneute und fröhliche Gedichtvorlesungen (Deutschland und die Welt, von Bildenbrück), worauf der Tanz wieder in seine Rechte trat.

* Staatsminister a. D. Dr. Heinze spricht morgen, Sonntag, vormittags 11 Uhr, im großen Saale der Kaufmannschaft, Otto-Allee, über das Thema: Aus der Nationalversammlung.

* Über das Potsdamer Bombenattentat, von dem im heutigen Vorabend bereits kurz gemeldet wurde, sei den Berichten der Leipziger Zeitungen noch das Folgende entnommen: Es ist nur einem glücklichen Zustand zu verdanken, daß das Attentat in dem Grundstück Nördlerstraße 11 nicht unvorhersehbares Unheil verursacht und viele Menschenleben als Opfer gefordert hat. Das Haus, das von sieben Familien bewohnt wird, zeigt von außen kein besonders auffallendes Bild. Betritt man aber das Innere, so findet

nur mit echtem Musikerum, mit Silligfühl und Seele verzaubern ist. Havemann kann das. In ihrer vollen Schönheit und Liebenswürdigkeit erstanden unter seinem Bogen Mozarts anmutige Melodien mit allen Feinheiten, die die Vortragskunst des 18. Jahrhunderts fordert, nicht zuletzt den gerührten, kleinen Hoden auf den Herzen, deren eine hölzige doch wohl auch auf das Schluß-a der Adagioevolte im ersten Satz zu geben wäre. Im übrigen hat Havemann den im ganzen Konzert geforderten besonderen Sinn für die tadellose Mozartsche Kantilene in höchstem Maße. Auch das Allegro wird bei ihm zum Gesange, und das eben ist der Wille dieser beiden Solisten, auch Gründen, den der Abgeordnete Cohn als Richter abzulehnen. Der Untersuchungsausschuss beschloß darauf noch längere Beratung Helfferich 300 Mark Geldstrafe anzuerlegen. Helfferich behielt sich die Rechtsmittel vor.

Zu diesem Augenblick erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Warmuth, er persönlich sei mit dem Ausschuss nicht einverstanden und legte deshalb den Vorwurf nieder, den der Abgeordnete übernahm. Unter größter Bewegung wurde die diskursive Sitzung abgebrochen. (B. T. V.)

* Die Künstlerische Sitzung der Sächsischen Landeskunstakademie hieß den Beginn einer Besprechung, die am Donnerstag im Kultusministerium mit dem Vorstand des Künstlerischen Arbeitsrates der Landeskunst und der musikalischen Kapelle stattfand. Am Schluß der Verhandlungen kommt über die Verurteilung eines obersten Künstlerischen Beirats gründliches Einverständnis festgestellt werden. Durch einen gemeinsamen aus Beirat, der Regierung und den künstlerischen Körperschaften gebildeten Ausschuss soll nur mehr die Angelegenheit weiter gefördert und die endgültige Entscheidung des Ministeriums auch in der Personenfrage vorbereitet werden. Zu Beginn der Verhandlungen nahm Kultusminister Dr. Gessert Gelegenheit, der Künstlerischen und den Künstlerischen Körperschaften für ihre Dienste und das verdienstvolle Bemühen auch in schwieriger Zeit und das verdienstvolle Streben, den alten Raum der Dresdner Oper weiter zu erhalten, den Dank und die warme Anerkennung der Regierung auszusprechen.

* Dresdener Singakademie. Als erster Vorsitzender wurde Herr Stadtrat Dr. Walter Temper gewählt.

* D'Albret Oper "Revolutionstanz" soll noch im Dezember am Dresdner Landestheater zur Erstaufführung kommen.

* Musikalische Gedenkfeier für die Gefallenen. In der großen Gedenkfeier für die im Weltkrieg gefallenen Helden, welche am Freitag in der bis zum letzten Platz besetzten Lukaskirche stattfand, fanden zwei umfangreiche kirchenmusikalische Werke zu Gehör. Heinrich von Herzogenberg hat zwar noch keine großes Werk geschaffen, als wie die geistige Kantate "Totenfeier" für Chor, Orgel, Orchester und Orgel, aber auch dieses Werk besitzt Einzel Schönheiten genug, so daß neben der über Schmerz erhabenden Wirkung des Textinhaltes auch die rein künstlerische nicht ausbleibt. Die Sopranarie: "Wie lieblich sind deine Wohnungen, Herr Heude", in höchsten Tönen von Boris Walde gesungen, ist in ihrer ganz eigenartig, erdenstein wiederk

Kunst und Wissenschaft.

* Mitteilungen der Sächsischen Landeskunstakademie. Opernhaus. Montag, 10. November. "Die Arkane" mit Helena Horti, Erna Niediger, Becker, Luhmann, Burg, Burg in den Hauptrollen. Anfang 6 Uhr. — Aufführung des Ne-

